Waffenstillstand und Geiselabkommen sollen in Griffnähe sein

Einem Bericht der Washington Post vom Donnerstag zufolge stehen Israel und die Hamas kurz vor einem Waffenstillstand und einem Geiselabkommen.



© IDF

In dem Bericht von David Ignatius, der sich auf einen hochrangigen US-Beamten beruft, heisst es, die beiden hätten sich auf den «Rahmen» geeinigt, während an der Umsetzung des Waffenstillstands weitergearbeitet werde.

Der Waffenstillstand soll in drei Phasen umgesetzt werden, wobei die erste sechs Wochen dauert und die Hamas 33 Geiseln freilässt, darunter alle weiblichen israelischen Soldaten, die Verwundeten und die über 50-Jährigen. Israel würde Hunderte von inhaftierten, palästinensischen Terroristen freilassen. Die Freilassung der übrigen am 7. Oktober 2023 entführten israelischen Geiseln würde in späteren Phasen erfolgen.

In dieser Phase wird die humanitäre Hilfe fortgesetzt, und Teams werden mit der Räumung der Trümmer beginnen.

Wichtig ist, dass die Hamas ihre Forderung nach schriftlichen Garantien für die Einhaltung eines «dauerhaften Waffenstillstands» durch Israel aufgegeben hat und beide Seiten vereinbart haben, dass die Kämpfe nicht wieder aufgenommen werden, solange die Verhandlungen gemäss einer UN-Resolution andauern.

Katar, Ägypten und die USA werden sich dafür einsetzen, «dass die Verhandlungen so lange fortgesetzt werden, bis alle Vereinbarungen erreicht sind und die zweite Phase beginnen kann».

Beide Seiten haben sich darauf geeinigt, dass der Gazastreifen in der zweiten Phase in eine «Übergangsregierung» überführt wird, die weder von der Hamas noch von Israel kontrolliert wird. Einem US-Beamten zufolge hat die Hamas erklärt, sie sei «bereit, die Autorität an die Übergangsregierung abzugeben».

Diese würde sich aus etwa 2’500 Vertretern der Palästinensischen Autonomiebehörde im Gazastreifen zusammensetzen, die von Israel zugelassen, von den USA ausgebildet und von gemässigten arabischen Ländern in der Region unterstützt werden. Die Palästinensische Autonomiebehörde ist heute bereits für die Verwaltung des Westjordanlandes zuständig.

An der nördlichen israelischen Grenze wird erwartet, dass die aus dem Libanon hinaus operierende, ebenfalls vom Iran unterstützte Terrororganisation Hisbollah ihre Angriffe gegen Israel einstellt. Der Libanon befürwortet einen Rückzug der Hisbollah bis zum Litani-Fluss. Israel hat zugestimmt, die Grenze als «vertrauensbildende Massnahme» neu zu ziehen. Die Hisbollah behauptet, dass mehrere von Israel kontrollierte Gebiete, vor allem die Sheba-Farmen, libanesisches Hoheitsgebiet sind.